

# Parlamentarier entmachten sich selbst

Die Weltgesundheitsorganisation plant weitreichende Eingriffe in die Souveränität der Staaten. Die Nationalräte von SP, Grünen und GLP wollen dazu nichts zu sagen haben.

Philipp Gut

Demokratie ist, wenn ich nichts zu sagen habe oder nichts zu sagen haben will. Diese Neudefinition drängt sich auf, wenn man die Abstimmung im Nationalrat vom 17. April über die ursprünglich von Andreas Glarner eingereichte SVP-Motion «Kein WHO-Abkommen ohne parlamentarische Genehmigung» analysiert. Der Vorstoss beauftragt den Bundesrat, «ein allfälliges WHO-Überein-

soll WHO-Generaldirektor Tedros Adhanom Ghebreyesus weltweit eine Pandemie ausrufen und Massnahmen anordnen können. Auch sollen die Staaten verpflichtet werden, ein Überwachungs- und Zensurregime zur Verhinderung angeblicher «Desinformation» zu etablieren – mit anderen Worten: Widerspruch und Kritik an der allein seligmachenden WHO-Agenda zu unterdrücken.

In der Sache bewanderte Juristen wie Philipp Kruse, der ehemalige leitende Zürcher Staatsanwalt Jürg Vollenweider oder die ehemalige Gerichtspräsidentin Andrea Staubli vom Aktionsbündnis freie Schweiz weisen darauf hin, dass die WHO-Pläne sogar die Bundesverfassung tangieren könnten und daher zwingend Parlament und Volk vorgelegt werden müssen, Letzterem zumindest in Form eines fakultativen Referendums.

Doch der Bundesrat ziert und windet sich, wenn er auf dieses Thema angesprochen wird. Auch die erwähnte SVP-Motion lehnt er ab. Und dies, obwohl immer mehr Tatsachen ans Licht kommen, «die auch den hartgesottesten Pandemiefans Rätsel aufgeben müssen, so zum Beispiel die RKI-Files, aus denen zweifelsfrei hervorgeht, dass die Heraufstufung des Risikos willkürlich und ohne jegliche wissenschaftliche Grundlage durch eine einzelne Person verfügt worden war», wie Motionär Glarner in der Ratsdebatte sagte. Bei einem derart wichtigen, einschneidenden Regelwerk müsse darum das Parlament das letzte Wort haben.

Nun, ja – das sehen nicht alle so. Zwar wurde die Motion im Nationalrat mit 116 zu 69 Stimmen angenommen. Doch verblüffend ist, dass die Linksparteien samt den Grünliberalen zu 100 Prozent mit Nein stimmten. Bei der Fraktion der Sozialdemokraten lautete das Stimmenverhältnis 38:0, bei den Grünen 21:0 und bei der GLP 10:0. Umgekehrt waren SVP und FDP einstimmig dafür. Und auch die Mitte verzeichnete keine Nein-Voten bei drei Enthaltungen.

Die Frage drängt sich auf: Wie kommen die linken, grünen und grünliberalen Volksvertreter dazu, hier nicht mitentscheiden zu wollen? Kommt das nicht einer partiellen Selbst-

abschaffung des Parlaments gleich? Und sind sie auch dagegen, dass das Volk darüber abstimmen darf?

## Dunkelkammerpolitik geht weiter

Das wollte die *Weltwoche* von den Fraktions- und Parteichefs sowie von weiteren prominenten Parlamentariern persönlich wissen. Um es vorwegzunehmen: Das Versteckspiel, die Dunkelkammerpolitik, die Selbstsabotage der Demokratie gehen weiter. Weder ein Cé-

*Wermuth, Marti, Badran, Girod, Gysin, Zopfi, Fivaz, Gredig, Bäumle – niemand nimmt Stellung.*

dric Wermuth noch eine Samira Marti, noch eine Jacqueline Badran (SP), noch ein Bastien Girod, noch eine Greta Gysin, noch ein Mathias Zopfi, noch ein Fabien Fivaz (Grüne), noch eine Corina Gredig, noch ein Martin Bäumle (GLP) wollten oder konnten dazu Stellung nehmen.

Einzig GLP-Präsident Jürg Grossen, mit Fraktionschefin Gredig in Kopie, antwortete gewohnt professionell. Dabei hält er sich an die Argumentationslinie des Bundesrats und von Elisabeth Baume-Schneider (SP): Erst nach Abschluss der Verhandlungen könne und werde die Schweiz entscheiden. «Zu dem Zeitpunkt wird wie bei jedem neuen völkerrechtlichen Vertrag auf Basis unserer Verfassung geprüft, ob dieser dem Parlament zur Genehmigung zu unterbreiten ist.» Davon unabhängig habe das Parlament «in aussenpolitischen Belangen immer ein Informations- und Konsultationsrecht».

Von einer Selbstbescheidung des Parlaments will Grossen trotz Nein zur Motion, die eine Genehmigung durch das Parlament verlangt, nichts wissen. Inhaltlich will er sich zu den WHO-Vorhaben vorerst nicht äussern. Auch die Frage, ob die Verträge dem Volk vorgelegt werden sollen, will der GLP-Präsident erst beurteilen, «wenn der konkrete Vorschlag auf dem Tisch liegt». Schon Ende Mai könnte es so weit sein.



*Selbstsabotage der Demokratie.*

kommen oder ein von der WHO ausgearbeitetes Instrument, welches durch Soft Law zu einem späteren Zeitpunkt eine Verbindlichkeit für die Schweiz zur Folge haben könnte, zwingend dem Parlament zu unterbreiten».

## Bundesrat ziert und windet sich

Inzwischen sind die entsprechenden Beratungen und Entwürfe der WHO weit fortgeschritten – und die Befürchtungen haben sich vollumfänglich bestätigt. Gleich zwei Dossiers mit weitreichenden Auswirkungen stehen vor der Verabschiedung: ein neuer Pandemiepakt und eine Änderung der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV). Sie sind für die Mitgliedsstaaten «rechtsverbindlich» und enthalten eine Vielzahl potenziell schwerwiegender Eingriffe in die nationale Eigenständigkeit. So